

## Pressemitteilung

### Betreuung – ein Thema für den Koalitionsvertrag BdB übergibt der Arbeitsgruppe Inneres und Justiz seinen Forderungskatalog

---

Berlin, 5. November 2013 – Nächste Runde in den Koalitionsverhandlungen: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Burkhard Lischka traf sich mit einer Delegation des Bundesverbands der Berufsbetreuer/innen am Paul-Löbe-Haus in Berlin. Der BdB-Vorsitzende Klaus Förter-Vondey und BdB-Geschäftsführer Dr. Harald Freter übergaben Lischka die Kampagnen-Dokumentation und einen Formulierungsvorschlag für den Koalitionsvertrag. Der SPD-Politiker sitzt bei den Koalitionsverhandlungen im Arbeitskreis Inneres und Justiz. Ziel des BdB ist es, dass Betreuung eines der Themen ist, die in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden.

Im Rahmen der aktuellen Kampagne des BdB „Partei ergreifen für gute Betreuung“ haben Aktive des Verbands weit mehr als 100 Gespräche in ganz Deutschland geführt. Alle Gesprächspartner haben signalisiert, dass sie den BdB in den Anliegen der Kampagne unterstützen wollen – weil sie die Forderungen für berechtigt halten und Reformen im Betreuungswesen als notwendig ansehen.

1,4 Millionen Menschen in Deutschland werden durch eine Betreuerin oder einen Betreuer unterstützt. Die Arbeitsbedingungen für Berufsbetreuer/innen haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert, die Anforderungen sind dramatisch gestiegen. Klaus Förter-Vondey stellt fest: „Das Betreuungsrecht ist trotz dieser rasanten Entwicklung bislang nicht angepasst worden. Die Gesetze bilden keine Grundlage, um den Beruf Betreuung adäquat auszuüben, sodass er den qualitativen Ansprüchen genügt und den Bedürfnissen der Menschen entspricht. Deswegen sagen wir: Betreuung braucht politische Reformen.“ „Wir setzen darauf, dass sich die, die uns vor der Wahl Unterstützung in unseren Anliegen versprochen haben, dies auch nach der Wahl einlösen“, sagt Geschäftsführer Dr. Harald Freter.

Burkhard Lischka bedankte sich für „die wertvollen Vorschläge und wichtigen Anregungen.“ Der SPD-Politiker versicherte: „Das Thema Betreuungsrecht haben wir im Fokus; es wird seinen Niederschlag im Koalitionsvertrag finden“.

Der Verband fordert konkret, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden, der Beruf Betreuung professionalisiert, Vergütungssätze vereinheitlicht, Unterstützung sozialrechtlich verankert und Zwangsbehandlung angemessen geregelt wird.

Links:

Formulierungsvorschlag für den Koalitionsvertrag: [http://partei-fuer-gute-betreuung.de/media/downloads/BdB\\_T\\_Kampagne\\_Partei\\_ergreifen\\_Koalitionsvertrag\\_Union\\_SPD\\_1013.pdf](http://partei-fuer-gute-betreuung.de/media/downloads/BdB_T_Kampagne_Partei_ergreifen_Koalitionsvertrag_Union_SPD_1013.pdf)

Kampagnendokumentation: [http://partei-fuer-gute-betreuung.de/media/downloads/bdb\\_L\\_Kampagne\\_Partei\\_ergreifen\\_Dokumentation\\_SPD%2806%29\\_rz\\_web\\_einseitig\\_high\\_1013.pdf](http://partei-fuer-gute-betreuung.de/media/downloads/bdb_L_Kampagne_Partei_ergreifen_Dokumentation_SPD%2806%29_rz_web_einseitig_high_1013.pdf)

## **Pressekontakt:**

Bettina Melzer, nic communication & consulting GmbH  
Danckelmannstraße 9b, 14059 Berlin, Tel: 030 – 30 30 630, email: [bm@niccc.de](mailto:bm@niccc.de)

## **Über den BdB:**

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) zählt mehr als 6.000 Mitglieder. Er ist die größte Interessenvertretung des Berufsstandes "Betreuung". Der BdB vertritt die Interessen seiner Mitglieder in bundes- und landespolitischen Gremien. Der Verband fördert die Professionalisierung von Berufsbetreuung und verfolgt das politische Ziel, Betreuung als anerkannten Beruf zu etablieren. Er setzt sich für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Betreuungsarbeit ein. Der BdB bietet Service- und Dienstleistungen wie Rechtsberatung, unterstützende PC-Software oder Versicherungsleistungen.

## **Anhang: Statements von SPD-Politikern zu den Forderungen des BdB (Quelle: Abgeordnetenwatch)**

### **Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dem Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde am 13.6.2013 zugestimmt. Die Zielsetzung des Gesetzes, die Selbstbestimmung der Betroffenen zu stärken, wird von der SPD unterstützt. Gleichwohl ist der SPD bewusst, dass es im Bereich des Betreuungsrechts weiteren Handlungsbedarf gibt. Dies betrifft beispielsweise den Bereich vorbeugender und begleitender Hilfen, aber auch die Stellung der Berufsbetreuerinnen und -betreuer. Insofern wird das Betreuungsrecht sicherlich auch in der kommenden Wahlperiode Gegenstand von Beratungen im Deutschen Bundestag sein.

### **Peer Steinbrück, Spitzenkandidat**

„Die Tätigkeit der Berufsbetreuer ist von hoher gesellschaftlicher Bedeutung und die Vergütung muss der Aufgabe entsprechend angemessen sein. Wir werden im Weiteren überprüfen, ob die Stundensätze auch nach der nunmehr endlich erfolgten und von uns lange geforderten Umsatzsteuerbefreiung derzeit noch angemessen sind. Wir streben allerdings derzeit keinen einheitlichen Stundensatz an, sondern befürworten eine nach Qualifikation gestaffelte Vergütung, wie sie derzeit nach § 4 Abs. 1 des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz praktiziert wird. Diese Position ist so bereits durch unsere Partei an den BdB weitergegeben worden. Dahinter stehen die SPD-Bundestagsfraktion und Peer Steinbrück.“

### **Dirk Vöpel, SPD Oberhausen/Mülheim**

Die Vergütung der Betreuer ist nach Ansicht der SPD-Bundestagsfraktion nicht in Ordnung. Die Fraktion hat wohl mehrfach deutlich gemacht, dass sie die Anliegen der Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer sehr gut versteht und sich seit langem dafür einsetzt, dass die Arbeit der Betreuerinnen und Betreuer und ihr Zeitaufwand vernünftig gestaltet und vergütet werden. Die Tätigkeit der Berufsbetreuer ist von hoher gesellschaftlicher Bedeutung und die Vergütung muss der Aufgabe entsprechend angemessen sein.

### **Bärbel Bas, SPD Duisburg**

Wir setzen uns seit langem dafür ein, dass die Arbeit gesetzlicher Betreuerinnen und Betreuer und ihr Zeitaufwand angemessen gestaltet und vergütet werden. Die Ergebnisse einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe sowie ein auf dieser Arbeit beruhender Gesetzentwurf der aktuellen Bundesregierung liefern zu dieser Frage leider keine befriedigenden Antworten. Grundsätzlich ist es uns ein dringendes Bedürfnis Betreuungen schon frühzeitig zu vermeiden. Betroffenen Menschen muss schon vor der Anordnung einer Betreuung besser geholfen werden können. Wir werden die Voraussetzungen für eine gute Betreuung und eine angemessene Vergütung weiterhin prüfen und gegebenenfalls anpassen. Wir setzen uns auch weiterhin für die Interessen der zahlreichen Berufsbetreuer ein.